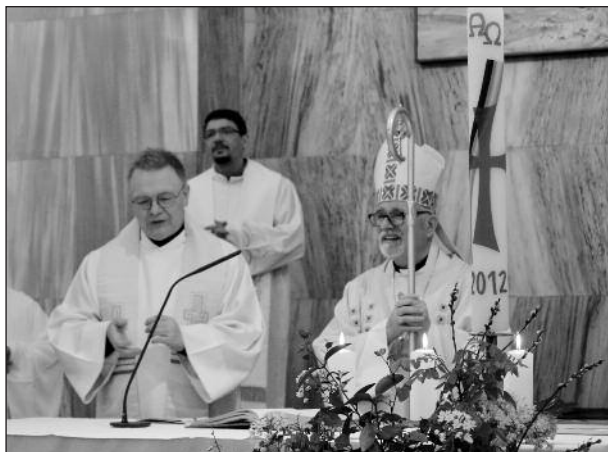


Katholischer Bischof vorsichtig optimistisch

Der Apostolische Vikar von Istanbul, Bischof Louis Pelâtre, hat sich vorsichtig optimistisch im Hinblick auf die Situation der katholischen Kirche in der Türkei geäußert. "Es braucht Geduld, aber es fehlt nicht an positiven Zeichen", betonte Pelâtre laut der Stiftung "Pro Oriente" in einem Interview am St. Georgsfest mit dem Informationsdienst der in Venedig ansässigen Stiftung "Oasis", die sich mit den Beziehungen zwischen Christentum und Islam beschäftigt. Eines dieser "positiven Zeichen" sei die Einladung an die katholischen Bischöfe gewesen, sich am Diskussionsprozess über die neue türkische Verfassung zu beteiligen.



Die Nationalversammlung in Ankara hatte sich zunächst nur an die Führungspersonlichkeiten der griechisch-orthodoxen, der armenisch-apostolischen und der syrisch-orthodoxen Kirche gewandt, dann intervenierte der türkische Vatikanbotschafter und auch die katholischen Bischöfe wurden zu Konsultationen eingeladen.

Als zentrales Problem der katholischen Kirche in der Türkei bezeichnete Bischof Pelâtre die fehlende juristische Anerkennung. "Wir existieren offiziell nicht, aber wir sind da", sagte der Apostolische Vikar von Istanbul. Man müsse die Situation mit der in Frankreich vergleichen, wo die katholische Kirche seit den Trennungsgesetzen von 1905 ebenfalls nicht als solche gesetzlich anerkannt ist. In Frankreich seien nach 1905 gesetzlich anerkannte diözesane Vereinigungen ("associations culturelles") gegründet worden, um im Hinblick auf juristische Akte wie Käufe, Verkäufe, Vermietungen usw. handlungsfähig zu bleiben. Diesen Weg

werde wahrscheinlich auch die katholische Kirche in der Türkei gehen müssen.

Derzeit sei es so, dass er als Apostolischer Vikar noch nicht einmal ein Bankkonto eröffnen könne, weil die katholische Kirche als solche und auch das Apostolische Vikariat gesetzlich "nicht existieren". Daher bleibe nichts anderes übrig, als ein persönliches Konto zu eröffnen, was aber mit manchen Schwierigkeiten verbunden sei.

Ebenso schwierig sei die Frage der kirchlichen Grundstücke und Immobilien, unterstrich Pelâtre. Alle katholischen Kirchen und Klöster in der Türkei hätten bereits in osmanischer Zeit - vor der Ausrufung der Republik 1923 - existiert. Aber die Besitztitel der katholischen "frommen Stiftungen" (vakıflar) würden immer wieder in Zweifel gezogen. Pelâtre: "Ich bin nicht einmal sicher, ob eine allfällige juristische Anerkennung der katholischen Kirche mit einem Schlag diese Situation bereinigen könnte. Man müsste alle Aspekte der Eigentumsfrage klären und regeln".

Bei den Verfassungskonsultationen in Ankara sei klar geworden, dass eine Änderung der gesetzlichen Lage der Kirchen und Religionsgemeinschaften durch eine Verfassungsbestimmung nicht in Frage komme. Es sei die Rede von einem einfachen Gesetz gewesen, aber er sei skeptisch, dass ein solches Gesetz zustande kommt, unterstrich der Apostolische Vikar von Istanbul und betonte: "Wir wollen keine Privilegien, sondern gleiche Rechte wie die anderen Bürger". Im Hinblick auf die Religionsfreiheit sagte er, dass es für die Katholiken in der Türkei nur Kultfreiheit gebe, Religionsfreiheit sei aber mehr als das: "Man zwingt uns in ein Gehege, im Grunde fürchten sie den Proselytismus, dass Türken katholisch werden".

Hoffen auf EU-Beitritt

Ein EU-Beitritt der Türkei würde aber die Situation der Christen im Land verbessern, ist Pelâtre überzeugt. Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. und die anderen Kirchenführer hätten offen den Beitritt Ankaras befürwortet: "Und mit ihnen hoffen auch wir, dass der Beitritt die Lösung unserer Probleme erleichtern würde".

Allerdings sei in der Türkei bereits eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Zu Beginn seien die Türken sehr motiviert gewesen, aber heute breite sich Müdigkeit aus. Einige stellten die Frage: Warum insistieren, wenn sie uns nicht wollen? Andere meinten, dass es ein Staat wie die Türkei nicht notwendig habe, in die Europäische Union einzutreten. Türkische Unternehmer hätten ihm gesagt, dass die Türkei de facto schon dabei sei, auch wenn sich das noch nicht auf der Ebene der Gemeinschaftsinstitutionen abbilde, berichtete der Bischof. Aber die wirtschaftlichen und kulturellen Vereinbarungen würden gut funktionieren.

Im Hinblick auf die Regierungspartei AKP betonte Pelâtre, dass es sich um keine "islamistische" Partei handle, das sei eine mediale Vereinfachung. Im Namen der "Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung" komme nicht einmal das Wort Islam vor. Zweifellos hätten Recep T. Erdoğan und die Seinen Wahlen gewonnen, indem sie sich auf die islamische Identität beriefen. Dass Erdoğan auf die

gläubigen Muslime gesetzt habe, bedeute nicht, dass er Islamist sei.

Aber man müsse zur Kenntnis nehmen, dass auch die Gläubigen das Recht haben, ihre Meinung kundzutun. Die derzeitige Regierung lege die Laizität des Staates und die davon inspirierten Gesetze weniger streng aus, sagte der Bischof. Als er vor mehr als 40 Jahren in die Türkei kam, sei das nicht so gewesen.

Daher sehe man jetzt auch öfter religiöse Symbole in der Öffentlichkeit, zum Beispiel den Schleier der Frauen. An sich sei es nicht gefährlich, wenn sich die Frauen verschleiern, aber das, was zähle, sei die Freiheit. Gefährlich sei, dass die Frauen ideologischen Pressionen ausgesetzt werden. Das sei aber nicht eine Konsequenz lokaler Traditionen, sondern von Einflüssen aus dem Ausland. Zum Beispiel habe er gehört, dass einige Frauen bezahlt wurden, damit sie sich verschleiern.

Venedig-Istanbul, 22.05.12 (KAP)